

Sahaschka

Die Krim gehört wieder zu Russland. ^[1]

Ken Jebsen (KJ) im Gespräch mit Andreas Maurer (AM). Die Zwischentitel, Kommentare in [...] und Quellen sind von mir. Ich habe das Gespräch auch gestrafft und Wiederholungen weggelassen, aber nichts Wesentliches geändert.

Quakenbrück

KJ: Herr Maurer, Sie sind ein Politiker der Linken aus Quakenbrück. Wo liegt das?

AM: Quakenbrück liegt in Niedersachsen, im Landkreis Osnabrück.

KJ: Welches Amt bei den Linken bekleiden Sie?

AM: Ich bin Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und Landtagsabgeordneter.

KJ: Wo sind Sie geboren?

AM: Ich wurde in Kasachstan geboren, in der Stadt Karaganda. Meine Familie ist deutschstämmig. Ich kam 1988 nach Deutschland.

KJ: Warum?

AM: Mein Vater war Wolgadeutscher. Meine Mutter wurde in der Ukraine, in einer deutschen Kolonie, geboren. Kurz vor dem Ende der Sowjetunion beschlossen sie, nach Deutschland auszuwandern.

KJ: Was ist Ihre Muttersprache?

AM: Das steht nicht fest. Ich bin überall zuhause.

KJ: Es wurde auch Deutsch gesprochen.

AM: Ja. Plattdeutsch.

KJ: Sie sind eigentlich Postangestellter. Wie kommt so jemand in die Politik?

AM: Ich kam mit 18 Jahren in die Bundesrepublik Deutschland und hatte begonnen, Bergbau zu lernen. Hier war es schwierig, eine Lehrstelle zu bekommen. Ich machte also eine Lehre bei der Post. Es hat mir sehr gut gefallen, auch der Kontakt mit den vielen Menschen. Ich kenne etwa 80% der Leute in der Stadt und auch ihre Anliegen und Probleme.

KJ: Sie sind schon früh, noch nicht mit dreissig, in die Politik eingestiegen und waren zuerst bei der CDU. Jetzt sind Sie bei den Linken. Weshalb CDU?

AM: Damals gab es noch keine Linken. Die gibt es erst seit 2007. Ich wurde dann, an einigen Altgedienten vorbei, in den Gemeinderat gewählt.

KJ: Wie erklären Sie sich dieses?

AM: Ich habe kaum Werbung gemacht. Es war eine Überraschung.

KJ: Nach fünf Jahren sind Sie aus der CDU ausgetreten. Weshalb?

AM: Es gab mehrere Gründe. Der wichtigste war dieser: In der nächsten Wahl bekamen wir, zwei Frauen und ich, keine Plätze oben auf der Liste. Das haben wir nicht mitgemacht. Wir hatten gezeigt, dass die Leute uns geneigt waren. Man versuchte, uns gegeneinander auszuspielen. Also traten wir aus der CDU-Fraktion aus und gründeten eine eigene. Das war riskant; aber die Wähler hatte Vertrauen in uns als Personen. Die Liste "Andreas Maurer" zog dann in Fraktionsstärke in beide Parlamente und kann jetzt mit Gewicht mitreden. Wenn die CDU oder die SPD vernünftige Vorschläge machen, können wir mitziehen.

KJ: Wie viele Menschen wohnen in Quakenbrück?

AM: Etwa 12'500.

Die Krim

KJ: Sie haben nach einem Besuch der Krim als erster deutscher Politiker gefordert, dass diese Halbinsel als Teil Russlands anerkannt wird. Das hat grosse mediale Wellen geschlagen. War das geplant?

AM: Nein.

KJ: Sie bekamen Drohungen aus der Ukraine. Die Bundesregierung hat Ihre Forderung abgelehnt. Wie haben Sie die Krim erlebt?

AM: Mich hat interessiert, in welcher Situation die Menschen dort stecken.

KJ: Die Krim gehört heute [wieder] zu Russland. Was ist geschehen?

AM: Ich mache es ganz kurz. Der Generalsekretär Nikita Chruschtschow ^[2] schenkte die Krim der Ukraine.

KJ: Mit allen Menschen, die darin leben. ^[3]

AM: Ja. Damit wollte er sich dort Zustimmung für seine Politik verschaffen. Die UNO und die übrige Welt hat das nicht gestört. Was damals geschah, geschah wider das Völkerrecht.

KJ: Weshalb hat sie sich jetzt wieder Russland angeschlossen?

AM: 2014 geschah der Aufstand am Maidan mit vielen Toten. Dann gab es den Aufstand im Gewerkschaftshaus in Odessa. Beide Ereignisse sind nicht aufgeklärt. Wenn es das Referendum auf der Krim nicht gegeben hätte, geschähe auch dort, was heute an Schrecklichem in Lugansk und Donezk geschieht.

KJ: Ministerpräsident Janukowytch wurde weggeputscht. Sofort wurde Russisch verboten. Es hiess: Schnappt euch die Gewehre und jagt die Deutschen-, die Russen- und die Judenschweine hinaus, wenn ich das richtig in Erinnerung

habe.^[12] Auf der Krim leben viele Russischstämmige. Wir wissen, dass Washington 5 Milliarden [Dollar?] in diesen Putsch gesteckt hat.

Wer hat sie auf die Krim eingeladen?

AM: Das taten Deutsche, die in der Krim leben, zusammen mit ihrer Regierung. Sie hatten Kulturwochen. Unsere Delegation bestand aus Leuten aus Kultur, Wirtschaft, Politik und anderen Sparten. Sie sahen das als Volks-Diplomatie. Die grossen Politiker akzeptieren sie nicht und kommen nicht. Also laden sie kleinere Leute ein.^[4]

Grüne

KJ: Waren auch Grüne dabei?

AM: Ich weiss es nicht. Wir haben keine Parteibücher vorgezeigt.

KJ: Aber hier in Deutschland haben sich Grüne geäussert und verurteilt, dass Sie in die Krim reisten.

AM: Ich wundere mich auch, dass eine ehemalige Friedenspartei so urteilt. Sie sind zum Maidan nach Kiew gefahren. Sie könnten jetzt Mut beweisen und die Krim besuchen. Ich würde die Delegation leiten.

KJ: Haben sich die Grünen verändert, seit Sie in der Politik tätig sind?

AM: Ja. Ich hatte früher Respekt vor ihrer Politik, was Atomausstieg und Frieden betraf. Ich kannte viele echte Pazifisten. Die sind während des Jugoslawienkriegs aber aus der Partei ausgestiegen. Heute wundere ich mich, dass die Grünen eine treibende Kraft gegen Russland sind. Mir scheint, sie hätten am liebsten, wenn Deutschland nicht 200 sondern 5000 deutsche Soldaten an die Grenze zu Russland legen würde. Nur 150 Kilometer von Sankt Petersburg entfernt, einer Stadt, in der die deutsche Wehrmacht wütete.

KJ: Seit 1999 haben die Grünen mit Joschka Fischer ihre friedliche Seele verloren.

AM: Wenn wir heute sehen, welche Bundespolitik sie machen, dann ist von Frieden nichts mehr zu bemerken. Es wäre ihre Aufgabe, mit den Russen zu reden. Man kann mit ihnen reden.

Deutsche schaden Deutschen

AM: Das war eine Festung. 300'000 Wehrmachtsoldaten, russische und rumänische Soldaten sind dort gestorben. Und jetzt kommt eine deutsche Delegation und wird willkommen geheissen. Das kann man manchmal nicht verstehen. Sie haben uns vergeben. Sie sind uns viel weiter voraus, was Versöhnung angeht.

KJ: Sie haben sich manchmal von der Gruppe getrennt. Wen haben Sie getroffen?

AM: Ich wollte auch mal quasi anonym herum gehen können, nicht als in der Öffentlichkeit wirkende Person, sondern etwa als Tourist wahrgenommen zu werden. Dabei kamen interessante Gespräche zustande. Man kann zum Beispiel nicht verstehen, weshalb der Westen Sanktionen verhängt. Oder dass niemand Deutschstämmiges in der Krim nach Deutschland reisen kann, um etwa an einer Familienfeier teilzunehmen. Das deutsche Konsulat anerkennt den neuen Status der Halbinsel nicht.

KJ: Deutsche schaden Deutschen.

AM: Nicht nur. Ich kenne eine junge Frau, die in Deutschland studieren wollte. Sie musste zuerst Wohnsitz bei Verwandten in Moskau nehmen, damit sie einreisen konnte. Wenn das aber auskommt, wird sie wieder zurück geschickt.

KJ: Welchen Ruf haben die Deutschen bei der Bevölkerung der Krim?

AM: Sie waren dankbar, dass wir sie besuchten. Und praktisch alle sagten, sie hätten sich für Russland entschieden.

Das Referendum

JK: Die Bewohner der Krim haben sich also gesagt: Wir wollen nicht weiter in dieser auseinander fallenden Ukraine bleiben. Wir wissen auch, dass alles Russische vertrieben werden soll oder zumindest nicht gern gesehen ist.^{[5][6]}

Es gab ein Referendum. Die Mehrheit wollte von der Ukraine weg und zu Russland.^[7] Im Westen hiess es, Russland habe die Krim annektiert. Stimmt das?

AM: Es war eine Wiedervereinigung. Ich behaupte, das Volk der Krim hat mehr Einfluss darauf gehabt als damals in Deutschland. Hier hat das Parlament entschieden. Es ist absurd zu behaupten, die Krim sei gezwungen worden. Wenn man die Abstimmung heute machen würde, käme das gleiche Resultat heraus. Übrigens hat dieser Westen nie verlangt, dass die Volksabstimmung in der Krim wiederholt werden müsse, zum Beispiel unter seiner strengen Beobachtung.

Ich habe mit Krim-Tataren, Armeniern, der kleinen deutschen Minderheit und der übrigen Bevölkerung gesprochen. Das Wichtigste für sie ist, im Frieden leben zu können. Im Übrigen könnte die kleine deutsche Minderheit, 3500 bis 6000 Menschen, nach Deutschland auswandern. Die Genehmigungen sind vorhanden. Aber sie wollen dort bleiben. Das spricht auch dafür, dass sie niemand gezwungen hat, sich Russland anzuschliessen.

Presse

KJ: Sie haben mit der Presse auf der Krim, in Russland und in Deutschland gesprochen. Gab es Unterschiede?

AM: Noch bevor ich wieder nach Deutschland zurück gekehrt war, gab es schon deutsche Zeitungen, die über unsere Reise berichteten, ohne dass sie mich interviewt gehabt hätten. Sie bezeichneten mich als Putin-Freund. Eine schrieb, ich sei gekauft worden. Das ist mir in Russland nie passiert. Sie nahmen immer Kontakt mit mir auf, ehe sie über mich (oder uns) berichteten.

Es gab zwar auch solche, die zwar mit mir sprachen, aber dann etwas anderes schrieben, als ich gesagt hatte.

KJ: Bei uns heisst es immer, so etwas [Übles] geschehe in Russland. Sie beschreiben damit quasi russische Zustände in Süddeutschland.

AM: Das sind eben keine russischen Zustände. Dort habe ich es anders erlebt. Ich habe zwar nicht kontrolliert, ob alles haargenau stimmte; aber es gibt nichts zu beklagen. Quakenbrück wird jetzt in Russland in vielen Medien genannt.

KJ: Frank-Walter Steinmeier ist auch der Ansicht, es mache keinen Sinn, sich Russland zum Feinde zu machen.^[8]

Jeder, der sich ähnlich äussert, bekommt von der Presse eins auf die Mütze. Was ist von ihr zu halten?

AM: Das ist grundsätzlich traurig. Ein Kulturfest wie jenes auf der Krim kann man nicht staatlich verordnen. Die westlichen Medien hätten sich das selbst anschauen müssen und dann gewusst, was tatsächlich geschieht.

KJ: Wer schürt diese Konfrontation? Die deutsche Bevölkerung?

Sanktionen - das gemeine Spielchen der Yankees

AM: Nein. Ich weiss, dass sie dagegen ist. Sie leidet auch darunter, natürlich jene, die gewöhnlich nach Russland exportieren. In Osnabrück ist es eine Lebensmittelfirma. Es wird zu Entlassungen kommen. In Russland habe ich das so erzählt: Deutschland leidet auch unter den Sanktionen, worauf sie erwiderten: „Oh, Gott, das haben wir noch nie gehört.“

KJ: Vor einigen Tagen hat Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz in St. Petersburg gesagt, Russland leide unter den von den US-Amerikanern diktierten Sanktionen. Washington zwingt die Europäer dazu, treibe selbst aber Handel mit Russland und kaufe zum Beispiel Treibwerke bei R* [unverständlich].^[9] Was ist eigentlich los? Können Sie es mir erklären?

AM: Nein, das kann man auch schwer [nicht] verstehen. Ich lernte einen deutschen Geschäftsmann kennen, den Vertreter einer grossen Firma. **Er fliegt regelmässig in die Krim und nach Russland, um seine Visitenkarte abzugeben.** Sie haben Angst, dass sie sonst aus dem Geschäft sind, weil die Chinesen, aber auch die US-Amerikaner über ihre Töchterfirmen in Südamerika in den russischen Markt drängen. Ich habe auf der Krim viele Chinesen in Krawatte gesehen. Das sind Geschäftsleute, keine Touristen. Und wenn die Handelsverbindungen mit deutschen und den übrigen europäischen Firmen einmal unterbrochen und chinesische oder südamerikanische (also US-amerikanische) entstanden sind, wird niemand mehr zu den alten zurück kehren. Ich weiss nicht, wie lange sich das die deutsche Wirtschaft noch gefallen lassen wird und leisten kann.

KJ: Dazu kommen immer mehr Menschen [Flüchtlinge] in die Sozialsysteme. Das bringt enorme Kosten. Washington und seine Spiessgesellen schicken uns diese Flüchtlinge. Sie beladen das Boot immer mehr und bohren gleichzeitig ein Loch in den Boden. [Das Boot soll zum Sinken gebracht werden.]

AM: **Russland leidet unter Sanktionen. Es hat aber schon 1.5 Millionen Menschen [Flüchtlinge] aus der Ukraine aufgenommen. Auch die Krim nimmt Flüchtlinge aus der Ukraine auf.**

Auf der anderen Seite haben diese Sanktionen, etwa auf der Krim, positive Aspekte für die dortige Wirtschaft. Zum Beispiel Eier. Früher wurden die importiert, weil sie billiger als die eigenen waren. [Sie stammen aus Batterien.] Jetzt wird wieder vor Ort produziert. [Vielleicht nicht in Batterien.]

KJ: Präsident Putin hat Europa mehrfach die Hand gereicht und gewünscht, dass diese Sanktionen aufgehoben werden. Er wünschte sich auch einen grossen gemeinsamen Wirtschaftsraum.

Der gemeinsame Wirtschaftsraum

KJ: Den wollen auch die US-Amerikaner, darin aber die Regeln bestimmen.^[10] Europa macht eine anti-europäische, eine anti-eurasische Politik. Es wird uns ein Krieg von aussen aufgezwungen. Müssen wir nicht sagen: Wenn die auf der anderen Seite des [grossen] Teiches durchgedreht sind, dann machen wir nicht mit?

AM: Doch.

KJ: Wird es mit einem neuen US-amerikanischen Präsidenten besser werden? Auf wen tippen Sie?

AM: Mir gefällt keiner. [Das Video wurde im August 2016 ausgestrahlt.]

KJ: Warum tanzt ausgerechnet Deutschland so folgsam nach der US-amerikanischen Pfeife?

AM: [Er weiss es anscheinend nicht genau.]

Deutschland hat Vertrauen verspielt

AM: Nach dem Kriege genoss Deutschland Vertrauen. Heute wird es als Anhängsel der USA wahrgenommen. In Russland geniesst Gerhard Schröder mehr Anerkennung als Frau Merkel. Kohl und Mitterand machten eine bessere Figur, was Europa betrifft. Sie wollten Russland als Partner.

KJ: Das war die Politik eines Egon Bahr oder Olof Palme. Der dritte Weg. Hinaus aus den Konfrontationsblöcken. 120 Staaten gehörten keinem an. Einen, den Warschauerpakt, gibt es nicht mehr. Die Russen werden froh sein, dass sie das nicht mehr finanzieren müssen. **Die NATO gibt es immer noch. Sie dehnt sich aus, spricht aber von einer aggressiven Ausdehnungspolitik der Russen.**

AM: Das ist absurd. Die NATO dehnt sich gegen Russland aus. Es ist eine Provokation und erzeugt eine schlechte Stimmung. Seit 10 Jahren werden Barrieren aufgebaut. Wir sahen auf der Krim kein Militär. Sie ist nicht besetzt. Hier in Deutschland ist es anders. Das Militär ist präsent. Ich habe heute Züge mit Panzern gesehen.

Krieg

KJ: Wird Europa auf einen Krieg vorbereitet?

AM: Ich hoffe nicht.

KJ: Aber was denken Sie?

AM: Der gesunde Menschenverstand sagt mir, dass es keinen Krieg geben kann.

KJ: Panzer, Kriegspolitik, deutsche Soldaten an der Front, Gespräche über Wiederbewaffnung, Atomwaffen, schlechte Berichte über die Russen, man macht sie überall madig... was ist das?

AM: Das ist nicht friedlich. Ich hoffe, es sei nur eine Drohgebärde.

KJ: Was würden Sie tun, wenn die Nachricht käme, ab 5 Uhr werde zurück geschossen? Die Kanzlerin würde es als tragische Situation bezeichnen.

Austausch mit der Krim

AM: Ich hoffe nicht, dass so etwas geschieht. Ich versuche, dagegen zu wirken. Wenn unsere Regierung den Frieden nicht schaffen kann, dann müssen wir anderen Menschen es tun. Wir dürfen der Presse und den Politikern nicht alles glauben. Ich habe die Hoffnung, dass die jungen Leute dazu fähig sind. Wir sind daran, mit der Krim einen Jugendaustausch zu machen. Ich werde wieder hin fahren.

Ein Staatsfeind

KJ: Der ukrainische Botschafter hat Ihnen gedroht. Wenn Sie durch jenes Land fahren, müssen Sie mit 3 Jahren Gefängnis rechnen.

AM: Das ist absurd.

KJ: Gorbatschow hat Einreiseverbot [in die Ukraine].

AM: Ich würde gerne die Liste dieser "Feinde der Ukraine" sehen. Ich habe angeregt, dass Bundesabgeordnete dazu eine Kleine Anfrage machen. Ich werde den Aussenminister anfragen, wie man mich heraus kriegen würde.

Die Kiewer Verwaltung muss sich sehr unsicher fühlen, dass sie so harsch gegen einen kleinen Politiker vorgeht.

KJ: Nicht nur die ukrainische Regierung hat auf Ihre Reise in die Krim reagiert. Das tat auch unsere.

AM: Man teilte mir mit, der ukrainische Botschafter habe Protest gegen meinen Besuch der Krim eingelegt. Ich soll ukrainische Gesetze verletzt haben, weil ich ein okkupiertes Gebiet besuchte. Zwischen der Ukraine und Russland ist kein Krieg. Unsere Bundesregierung schrieb mir, dass sie die Krim nicht anerkennt. [Den Anschluss der Krim an Russland.] Man warne vor Reisen auf die Krim. Ich weiss nicht, wie ich diese Warnung deuten soll.

KJ: Sie fahren auch nach Odessa.

AM: Ja. Im nächsten Jahre. Es liegt in der Ukraine. Sie suchen schon jetzt nach denen, die mich eingeladen haben. Das kennt man nur in einem Polizeistaat.

Sie haben sich über meine Aussage, die Krim sei ein Teil der russischen Föderation, aufgeregt. Deutschland muss das früher oder später anerkennen. Ich bin ein Fan der direkten Demokratie. Es heisst zwar immer, man wolle die Bürger beteiligen; aber eigentlich will das niemand. Das sehe ich auch bei uns.

Zusammen reden, statt schiessen

KJ: Ich finde Ihre Idee des Jugendaustauschs gut. Wir von KenFM unterstützen auch die Aktion des Professors Rothfuss: Berlin - Moskau - Berlin. Wenn die oben nicht miteinander reden, weil sie bockig sind, müssen wir das unten tun. Welches Ziel verfolgen Sie? Wollen Sie, dass unsere Politiker auf die Krim fahren und sich die Verhältnisse vor Ort betrachten?

AM: Ja. Wichtig ist, dass sich die Menschen überhaupt mit der Krim befassen. Viele wissen überhaupt nicht, worum es geht. Wir wollen diese Konfrontation beenden und mit Russland als Partner leben. Auch aus Österreich hört man Stimmen, die das wollen. Den Amerikanern mag das nicht gefallen; aber für Europa ist es wichtig. Sahara müsste dorthin fahren. Sie würde die Säle füllen.

KJ: Sie sprechen von Frau Dr. Wagenknecht.

AM: Ja. Man kennt sie dort gut, nennt sie Sahara oder auf Russisch liebevoll Sahraschka.

Zuspruch

AM: Ich bekomme viele E-Mails. Man bestärkt mich in meinem Vorgehen. Ein paar wenige sind in feindlichem Tone gehalten. Das Volk will etwas anderes, als die Grossen. Mich wunderte, dass Eltern zustimmen, ihre Kinder hin zu schicken, um die Krim kennen zu lernen. [Das heisst, sie betrachten dieses Land nicht als Feind.]

KJ: Wir können zeigen, dass wir von unseren Eltern und Grosseltern gelernt haben: Die Stunde der Bewährung ist jetzt. Wir stehen vor einem Kriege.

AM: Ja. Und wir kleine Leute wollen ihn nicht. Eine Frau fragte mich: Würdest du uns raten, mit unseren vier kleinen Kindern Urlaub auf der Krim zu machen? Ich konnte ohne Bedenken zustimmen. Das Land ist nicht besetzt. Die Leute dort sind gastfreundlich. Sie haben uns beim Abschied sehr oft gesagt: "Kommt wieder."

Das Volk muss sich mehr wehren

AM: Die Leute bei müssen wieder lernen, auf die Strasse zu gehen und zu demonstrieren. Es braucht manchmal einen Generalstreik.

KJ: Bei uns fehlt es an Solidarität. Jeder schaut nur auf sich. In Frankreich ist es anders. Man hilft einander dabei.

AM: Wenn wir beide jetzt auf die Strasse gehen, einen Kameramann mitnehmen und verlangen, dass die Hartz-IV-Empfänger 500 statt 365 Euro bekommen, wird uns die Polizei abholen, denn wir haben das a) nicht angemeldet, b) keine Gebühren entrichtet (kommt auf das Bundesland an) und c) den Verkehr behindert. Man spielt uns kleine Leute gegeneinander aus.^[1]

KJ: Was heisst das für ein vereintes Europa?

AM: Die europäischen Länder werden entzweit, nicht vereint. Man kann sie nicht zwingen. Man hat nur an die Wirtschaft [und die Banken] gedacht, aber die Menschen nicht mit genommen.

Quellen

[1] <https://www.youtube.com/watch?v=3HmYijht7o>

[2] Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (* 3.jul./ 15. April 1894greg. in Kalinowka, Ujesd Dmitrijew, Gouvernement Kursk, Russisches Kaiserreich, heute Oblast Kursk, Russland; † 11. September 1971 in Moskau) war ein sowjetischer Politiker. Chruschtschow war von 1953 bis 1964 Parteichef der KPdSU und zusätzlich von 1958 bis 1964 als Vorsitzender des Ministerrats (Ministerpräsident) auch Regierungschef der UdSSR. Er galt als kluger Machtpolitiker und Meister der sozialistischen Rhetorik. Wikipedia

[3] Sewastopol, die grösste Stadt auf der Krim, blieb als Ankerplatz der russischen Schwarzmeerflotte immer auch in russischer Hand.

[4] Andreas Maurer ist auch Abgeordneter im Reichstag.

[5] 60% sind russischstämmig und sprechen Russisch.

[6] Kiew verbot die russische Sprache.

[7] Nach späteren Angaben der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti sprachen sich 96,77 % der Abstimmenden – entsprechend 1,233 Millionen Stimmen – für einen Anschluss an Russland aus; die Wahlbeteiligung habe 83,1 % betragen. (Wikipedia)

[8] Frank-Walter Steinmeier ist ein deutscher Politiker der SPD. Er war von 2005 bis 2009 Bundesminister des Auswärtigen und ist es seit dem 17. Dezember 2013 wieder in dieser Funktion. (Wikipedia)

[9] Mittwoch, 30. November 2016. Amerika kauft weiterhin Raketentriebwerke in Russland ein

Trotz der Sanktionen, die seit April in Kraft sind, freuen sich die Produzenten von Raketenmotoren in Russland über neue Aufträge aus den USA. Triebwerke aus russischer Produktion sollen auch in den nächsten Jahren die Raketen Atlas 5 und Antares antreiben.

<http://www.augsburger-allgemeine.de/community/profile/40plus/Amerika-kauft-weiterhin-Raketentriebwerke-in-Russland-ein-id31999462.html>

[10] TTIP ist (vorläufig) gescheitert. Präsident Donald Trump will auch TTP nicht.

[11] Teile und herrsche, oder entzweie und herrsche, säe Zwietracht und nutze das aus.

[12] Ich weiss nicht, ob die Bindestriche angebracht sind. Sie wurden nicht ausgesprochen.